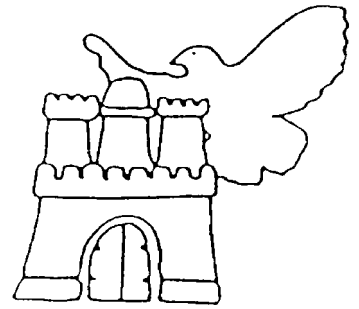


HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 03/14

www.hamburgerforum.org



25. Juni 1014

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

die Kampfhandlungen in der Ukraine haben dazu geführt, dass es wieder mehr friedensbewegte Aktivitäten gibt. Auch am Hamburger Ostermarsch nahmen mit knapp 1000 etwas mehr Menschen als im Vorjahr teil. Es gab auch einige Aktivitäten direkt zu den Ereignissen in der Ukraine. An zwei kleineren Demonstrationen Ende Mai, die im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages stattfanden, waren wir mit jeweils einem Redner beteiligt.



Wir drucken unten die Reden von Lühr Henken und Hauptpastor Störmer auf dem Hamburger Ostermarsch sowie die Rede von Peter Schenzer auf der Ukraine-Demonstration am 30. Mai ab.

Hinweisen möchten wir an dieser Stelle auf die nächste **Demonstration** zur Unterstützung der Gruppe Lampedusa-in-Hamburg: **5. Juli, 12.00 Uhr, Hachmannplatz**. Unter www.manifest-fuer-lampedusa.org gibt es mehr Infos zur Lage der Flüchtlinge und die Möglichkeit, ihre Forderung an den Senat nach Arbeitserlaubnis und Bleiberecht zu unterstützen.

Der Mai brachte für uns als Hamburger Forum personelle Veränderungen mit sich. Wolfgang und Renate Kirstein haben sich weitgehend aus der aktiven Arbeit zurückgezogen, weil Wolfgang diese aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr leisten kann. Sie hatten unsere Arbeit in den letzten Jahren ganz wesentlich mit getragen. Dafür sei ihnen an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich gedankt.

Als Nachfolger für Wolfgang wurde auf der Mitgliederversammlung Markus Gunkel als Vorsitzender des Vorstands gewählt. Thea Rann, Peter Schenzer und Sönke Wandschneider wurden erneut in den Vorstand gewählt, Ellen Baumann kam neu hinzu. Der personelle Wechsel bringt notwendigerweise auch Veränderungen in unserer Arbeitsweise mit sich. Drei von fünf Vorstandsmitgliedern sind noch voll berufstätig, wodurch die zur Verfügung stehende Zeit friedenspolitischen Engagements eingeschränkt ist.

Mit dem Ausscheiden der Familie Kirstein wird auch eine Änderung der Postanschrift des Forums notwendig. Die neue Postanschrift lautet:

Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e. V.
c/o Sönke Wandschneider, Lange Reihe 101, 20099 Hamburg
Die E-Mail-Adresse bleibt dieselbe.

Für uns steht zurzeit die Vorbereitung auf den Hiroshimatag und den Antikriegstag im Mittelpunkt. Auch für weitere Aktionen zur Ukraine werden wir mit unseren publizistischen Mitteln werben.

Für den 16. Juli planen wir eine Veranstaltung zur Ukraine mit Uli Cremer und Kai Ehlers:

Mittwoch, 16.7., 19.00 Uhr, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15

Wer sich stärker engagieren möchte, sei auf unsere Vorstandssitzungen mit Gästen hingewiesen, auf denen wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

Dienstag, 01.07.2014, 15.07.2014, 05.08.2014 und 19.08.2014

jeweils um 19.00 Uhr bei der GEW, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bei uns.

Mit antimilitaristisch-pazifistischen Grüßen

Markus Gunkel

Hamburger Ostermarsch 2014

Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschusses Friedendratschlag beim Friedensfest auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz

Liebe Ostermarschiererinnen, liebe Ostermarschierer, womit kaum jemand gerechnet hat, das Vierertreffen am



Donnerstag in Genf hat sich auf erste Schritte zur Lösung der Ukraine-Krise verständigen können. Das ist sehr begrüßenswert. Jedoch war die Tinte unter der gemeinsamen Erklärung noch gar nicht trocken, da drohten USA und Frau Merkel Russland bereits mit verschärften Sanktionen, weil es angeblich nichts gegen fälschlich als

Separatisten Bezeichnete im Osten der Ukraine unternehmen würde. Dabei tut man so, als ob sich die Übereinkunft allein an russischsprachige Hausbesetzer im Osten richtet. Nein, er betrifft alle Hausbesetzer und Militanten in der Ukraine, und auch alle Faschisten im Westen des Landes. Was tut der Westen, übt er entsprechend Druck auf Kiew aus, um die Faschisten zu entwaffnen? Nein! Und noch etwas Wichtiges steht in der Erklärung: Ein Verfassungsprozess soll beginnen, der transparent ist und niemanden ausgrenzt. Und zwar sofort! Wo ist da der Druck des Westens auf Kiew? Wenn dieser nationale Dialog unverzüglich in Gang gesetzt würde, wären das gute Bedingungen, um die militärische Konfrontation zu entspannen. Damit wäre eine gute Voraussetzung geschaffen, um die großen wirtschaftlichen Minenfelder anzugehen: Das ist zu allererst: Das Assoziierungsabkommen mit der EU, der Auslöser des Konflikts, die Gaspreiserhöhungen für die Ukrainer und der Schuldendienst des Staates. Auch der Bündnisstatus der Ukraine ist noch ungeklärt. Ich finde, es ist an der Zeit, dass die NATO erklärt, die Ukraine soll nie Mitglied des größten Militärpakts der Welt werden. Das würde die Lage erheblich entspannen.

Die Ukraine ist bekanntlich nicht die einzige Problemzone in der Region. Die EU hat auch Moldau und Georgien Assoziierungsabkommen zur Unterschrift vorgelegt. In beiden Ländern gibt es Minderheiten, die den Kurs ihrer westlich orientierten Regierungen strikt ablehnen, die Transnistrier und Gagausen in Moldau und die Abchasen und Südosseten in Georgien. Ehe diese Widersprüche nicht gelöst sind, darf es keinen Assoziierungsvertrag mit der EU geben.

Ist es nicht endlich an der Zeit, 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges, damit zu beginnen, das „gemeinsame Haus Europa“ mit Leben zu erfüllen, wegzukommen von der Konfrontation hin zur Gestaltung der Gemeinsamen Sicherheit? Zeigt diese Krise nicht überdeutlich, dass es darum gehen muss, die Aufrüstungsprogramme aufzugeben, sich gegenseitig in die Karten und Arsenale schauen zu lassen um abzurüsten? Bietet die Krise nicht eine Chance, um die Atomwaffenarsenale aus Europa fortzuschaffen, die Raketenabwehr und die Osterweiterungsab-

sichten der NATO aufzugeben? Wenn nicht jetzt, wann dann?

Verteidigungsministerin von der Leyen hatte sich im Januar für mehr Bundeswehreinmärsätze ausgesprochen. Eine repräsentative Umfrage des ARD Deutschlandtrend, unmittelbar vor der Münchener Sicherheitskonferenz erhoben, zeigte, dass 61 Prozent der Bürgerinnen und Bürger das ablehnen. Auf der Konferenz trat sie zusammen mit Gauck und Steinmeier auf, die alle ins selbe Horn stießen. Kurz danach wurde wieder gefragt: Diesmal sagten 75 Prozent, dass sie mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnen. Das ist gut. Wir begrüßen das. Aber wir können uns darauf nicht ausruhen. Denn seit etwa zwei Jahren läuft eine konzertierte Aktion der Kriegsbefürworter. Die Bürger sollen mehrheitlich für Auslandseinsätze gewonnen werden. Dabei sind doch die brutalen US- und NATO-Kriege Ausweis genug, um diesen Irrweg zu verlassen: Über eine Million Kriegstote im Irak, über 300.000 in Afghanistan und Pakistan, wie jüngste Studien im Auftrag der IPPNW belegen. Aber die Kriegsbefürworter lassen nicht locker: Mit Behauptungen wie: die Bundeswehr sei eine Bonsai-Armee; Deutschland sei ein wirtschaftlicher Riese, aber ein militärischer Zwerg; ein schwaches Deutschland schwäche auch die NATO und mit der Frage, warum Deutschland immer nur profitieren, aber nie intervenieren wolle, sollen die Deutschen für Krieg breitgeklopft werden. In dem umfangreichen Pamphlet, das die Stiftung Wissenschaft und Politik zusammen mit dem US-Think-Tank German Marshall Fund unter dem Titel „Macht und Verantwortung“ herausgebracht hat, bediente sich der Redenschreiber des Bundespräsidenten. Gauck sagte, Deutschland sei „überdurchschnittlich globalisiert“ und profitiere davon und müsse deshalb zur Sicherung der Weltordnung auch manchmal seine Soldaten einsetzen. Das schlägt dem Fass den Boden aus! So zu tun, als sei die wirtschaftliche Stärke des Landes der ausschlaggebende Grund dafür, dass Deutschland nun militärisch weltweit angriffsfähig werden müsse, entbehrt jeder Grundlage. Erinnern wir uns, dass Deutschland bereits 1986, 1987, 1988 und 1990 Exportweltmeister war – somit wahrlich überdurchschnittlich globalisiert. Gab es damals, zu Zeiten des Kalten Krieges, Rufe danach, dass die Bundesrepublik ihr Militär in die weite Welt schicken sollte?



Und von wegen, nur profitieren, nie intervenieren? Was war das denn Anfang April? Der Bundestag erteilte drei Mandate in nur acht Tagen. Rekordverdächtig. 13 Militäreinsätze gleichzeitig. Da sich der Bundestag nicht um Volkes Meinung schert,

man nennt so etwas Demokratie, ist zu befürchten, dass dies erst der Anfang einer düsteren Entwicklung ist. Denn auf absehbare Zeit ergibt sich eine neue Voraussetzung für Auslandseinsätze: Das 100 Milliarden teure Aufrüstungsprogramm, vor 20 Jahren gestartet, steht vor der Vervollständigung. Neue Waffensysteme und Ausrüstungen werden in

dieser Legislaturperiode fertig. Mit den neuen Airbus A 400 M lassen sich die neuen Kampfhubschrauber TIGER, die neuen Infanteriefahrzeuge BOXER, die neuen Schützenpanzer PUMA und voll ausgerüstete Infanteristen und sogar Kampfdrohnen überall hin transportieren.

Wir müssen weiter wachsam sein gegen solche Kriegseinflüsterer. Wir wissen, um was es wirklich geht: Die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011 sind noch gültig. Da steht: „Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehört, einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“ Der damalige Bundespräsident Köhler musste den Hut nehmen, weil er dafür öffentlich warb, die Bundeswehr für wirtschaftliche Interessen einzusetzen. Ich frage, warum nicht auch Herr Gauck?

Wir fordern den Rückzug aller Bundeswehrsoldaten aus den Auslandseinsätzen und drastische Abrüstungsschritte bis hin zur Auflösung der Bundeswehr und Konversionsprogramme für die Rüstungsindustrie zur Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze! Krieg darf kein Mittel der Politik sein!

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat kürzlich den Kauf von Aufklärungsdrohnen als „dringlich“ bezeichnet. Nun wissen die Eingeweihten seit Längerem, dass die Bundeswehr für die in Afghanistan eingesetzten drei Aufklärungsdrohnen Nachfolger sucht und dass die Regierung Kampfdrohnen anschaffen



will. Von 16 Kampfdrohnen ist die Rede. Allerdings ist der Regierung auch bewusst, dass Kampfdrohnen auf Ablehnung in der Bevölkerung stoßen. Was tut die Regierung? Sie beschafft sich eben Aufklärungsdrohnen, die man später auch bewaffnen kann. Zunächst natürlich ohne Bomben und Raketen. Das Tötungswerkzeug kommt dann später nach. Das genau hat die Regierung vor. Es gibt eine Menge Aufklärungsdrohnen, die man überhaupt nicht bewaffnen kann, aber nein, sie prüft nur Angebote US-amerikanischer und israelischer Hersteller, die bereits als Kampfdrohnen fliegen. Die Entscheidung, welche es denn sein werden, soll in diesem Jahr noch fallen. Das heißt, wir haben es mit einer zugespitzten Situation zu tun.

Was ist so schlimm an Kampfdrohnen? Sie senken die Schwelle zum Gewalteininsatz, sie terrorisieren Bevölkerungen betroffener Landstriche, sie fördern die Aufrüstung und bereiten den Irrweg zu autonomen Killerrobotern. Außerdem werden sie zum „Gezielten Töten“ innerhalb und außerhalb von Kampfgebieten eingesetzt. Letzteres widerspricht dem Völkerrecht. Dass sich Deutschland auch noch mitschuldig macht am weltweiten US-Kampfdrohneinsatz, indem sie das US-Militär auf ihrer Datendrehscheibe Ramstein nach Belieben schalten und walten lässt, ist ein besonderer Skandal.

Ich möchte noch einmal auf unseren Appell an Bundesregierung und Bundestag hinweisen, keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr anzuschaffen und sich dafür einzusetzen, sie weltweit zu ächten. Dafür werden wir unsere Unterschriftensammlung unter den Appell „Kampfdroh-

nen ächten!“ verstärkt fortsetzen.

Der Protest gegen den geplanten Export von bis zu 800 Leopard 2-Kampfpanzern in die Gruselmonarchie Saudi-Arabien hat offensichtlich Erfolg gehabt. Die SPD hat ein Stoppschild aufgestellt. Ein gewaltiger Deal für die deutschen Panzerschmieden Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall kommt vorerst nicht zustande. 18 Mrd. Euro wären dafür im saudischen Haushalt vorgesehen. Ist damit Entwarnung gegeben? Nein, sicher nicht, die Saudis wollen darüber hinaus 270 Leopard 2 A7+ zur Aufstandsbekämpfung. Mit der spanischen Lizenzbaufirma Santa Barbara Sistema sei man sich über 150 Leos bereits einig, wird gemeldet, aber die deutsche Zustimmung dafür stehe noch aus, denn die deutschen Firmen liefern Bauteile. Saudi-Arabien ist ein repressives Regime, das Aufstände in Bahrain und im eigenen Land gewaltsam unterdrückt. Die Lieferung würde Geist und Buchstaben der Rüstungsexportrichtlinien widersprechen. Herr Gabriel! Wer bei A Nein sagt, muss bei B auch Nein sagen. Auch hierfür darf der Bundessicherheitsrat keine Erlaubnis erteilen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI hat errechnet, dass Deutschland Platz 1 in der EU und weltweit Platz 3 beim Export schwerer Waffen im Zeitraum der letzten fünf Jahre belegt. 2013 allerdings liegt Deutschland nur noch auf Platz 6 weltweit. Man könnte daraus schließen, dass das bereits ein



Grund zur Entwarnung wäre? Leider nicht! Das macht sich an zwei Dingen fest: Erstens sind die Auftragsbücher der beiden größten deutschen Rüstungskonzerne Rheinmetall und ThyssenKrupp so voll wie noch nie. Ihr Wert: zusammen 15 Mrd. Euro, davon mindestens die Hälfte für den Export. Und zweitens noch nicht abgeschlossene Waffenexportprojekte, die man aus der Presse entnimmt. Der Wert dieser Großwaffen summiert sich auch ohne die saudischen Leos auf rund 23 Milliarden Euro zusätzlich. Zusammen würde das Waffenexporte für 30 Mrd. Euro bedeuten, wenn die Pläne der Rüstungskonzerne aufgehen. Das ist fast das Vierfache dessen, was Deutschland an Großwaffen in den letzten fünf Jahren zusammen exportiert hat. Also: Überhaupt kein Grund zur Entwarnung! Dreiviertel der Bevölkerung sind gegen Rüstungsexporte. Die Geheimniskrämerei ist eine Frechheit. Der Bundestag muss informiert werden, sobald Voranfragen bei der Bundesregierung eingehen. Wann wird Volkswille endlich respektiert? Rüstungsexport bedeutet Aufrüstung. Aufrüstung verunsichert und fördert die Konfrontation, wo Kooperation nötig wäre. Rüstungsexporte steigern die Kriegsgefahr. Rüstungsexporte müssen verboten werden! Das schließt Kleinwaffen, die Massenvernichtungswaffe des 21. Jahrhunderts, natürlich mit ein.

Abschließend noch zu einem Konflikttherd, der über die Ukraine-Krise an den Rand der Aufmerksamkeit gedrängt wurde: der Nahe und Mittlere Osten. Erschrecken

und Empörung löste das belauschte Gespräch verantwortlicher türkischer Politiker aus, einen Vorwand zu schaffen, um die NATO in den Syrienkrieg zu verwickeln. Schlagartig wurde deutlich, dass die deutschen Patriot-Raketenstellungen an der türkisch-syrischen Grenze auf NATO-Seite dann unmittelbar eingreifen müssten, nämlich, um syrische Flugzeuge und Hubschrauber abzuschießen. Stationiert wurden die Patriots Anfang letzten Jahres mit dem angeblichen Ziel, syrische mit C-Waffen bestückte Raketen abzufangen. So hanebüchen diese Begründung damals war, so unbegründet ist sie heute, alle C-Waffen werden in wenigen Tagen Syrien zur Vernichtung verlassen haben. Deshalb wiederhole ich die Forderung an die Bundesregierung: Leisten Sie einen Beitrag zum Frieden: Ziehen Sie die Patriots ab!

Der Verhandlungsprozess zwischen dem Westen und dem Iran macht erfreuliche Fortschritte. Die Atomenergiebehörde IAEA bestätigt, dass der Iran sämtliche Vereinbarungen einhält, US-Präsident Obama lockert daraufhin die Sanktionen. Jedoch: Die Kuh ist längst nicht vom Eis! Senat und Repräsentantenhaus der USA fordern



unisono mit der israelischen Rechtsregierung, dass der Iran komplett auf das Recht auf Urananreicherung verzichten soll. Obwohl dies dem Atomwaffensperrvertrag widerspricht und gar nicht Gegenstand der Verhandlungen ist, macht der US-Kongress dies zur Bedingung für die Aufhebung der Sanktionen. Wir müssen diesem Störfeuer entgegentreten. Ein Scheitern der Verhandlungen wäre verheerend. Nicht nur würden Verhandlungen zur Beendigung des Syrienkrieges erschwert, sondern auch die zwischen Israel und Palästina. Ich richte noch einmal den Appell an die Bundesregierung, sich mit Nachdruck für Verhandlungen über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone Naher und Mittlerer Osten einzusetzen. Sie bieten ein Format, das zur Vertrauensbildung zwischen der arabischen Welt, dem Iran und Israel beitragen kann.

Liebe Freundinnen und Freunde, damit wir alle diese Aufgaben bewältigen können, müssen wir wieder mehr werden. Ich wünsche mir, dass von diesem Ostermarsch ein Impuls ausgeht, mit den zahlreichen besorgten Menschen ins Gespräch zu kommen, damit auch sie sich für den Frieden engagieren. Danke.

Christoph Störmer, Hauptpastor von St. Petri beim Friedensfest auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz

Liebe Freunde und Freundinnen, seit Jahren geht ein Aufschrei durch unser Land, weil es unerträglich ist, dass Deutschland Europameister als Exporteur von Waffen und Rüstungsgütern geworden ist. Keine 70 Jahre nach dem 2. Weltkrieg stehen wir nach den USA und Russland an dritter Stelle der Länder, die den Tod exportieren. Das ist ein Skandal und schreit zum Himmel. Die Aktion „Aufschrei“ wird von den Kirchen, evangelisch und katholisch, mitgetragen und vielen NGOs.

Aufschrei, das erinnert an den ersten Mord, der in der Bibel ein Brudermord war. „Was hast du getan? Das Blut deines Bruders schreit zu mir von der Erde.“ Ein mahnendes, ein wachrüttelndes Gotteswort, ins Gewissen gesprochen allen bis zum heutigen Tag, die töten, die mit dem Tod Geschäfte machen, die den Tod exportieren. „Was hast du getan?“ Das ist ein Protestruf auch und ein Statement: Nicht ewig wird der Mörder über sein Opfer triumphieren. Das Blut der Gemeuchelten schreit zum Himmel, die Erde vergisst die Opfer nicht. Sie liegen gleichsam Gott im Ohr.

In Hamburg wurde viel diskutiert über Gewalt, das „Hamburger Abendblatt“ startete die Kampagne „Hamburger gegen Gewalt“. Das war für mich der Anlass zu einem Hamburger Aufschrei. Die Gewaltdiskussion in dieser Stadt – nach Scharmützeln und Straßenschlachten zwischen Polizei und großenteils verummumten Demonstranten – ließ vergessen, dass unser Hafen eine Drehscheibe von Gewalt ist. Täglich verlassen Container den Hafen, randvoll mit Munition. 1000 Container im Jahr, das ist bekannt, weil Munition Gefahrgut ist und deklariert werden muss – im Unterschied zu Waffentransfers und Waffenexporten, die uns verschwiegen werden. „Hamburger gegen Gewalt“ – dieser Slogan ist mir zu billig und wohlfeil. „Hamburger gegen den Export von Gewalt“ – diese Forderung muss Biss und Nachdruck bekommen. Zu den Erst-Unterzeichnern des Aufrufs gehören Erzbischof Werner Thiesen, der Friedensforscher Brzoska, der Filmregisseur Fatih Akin, die Schauspieler Nina Petri, Rolf Becker, Uwe Friedrichsen, der Direktor der Akademie der Weltreligionen und viele andere. Wir fordern Transparenz. Der Senat muss endlich bekannt geben, welcher Todescocktail über die Elbe rausgeht, damit wir uns querstellen können.

Deutsche Kleinfeuerwaffen sind ein Exportschlager, Heckler & Koch verkauft diese Massenvernichtungsmittel unserer Zeit in alle Welt und hat inzwischen sogar Baulizenzen davon verkauft – auch an Länder, die Menschenrechte mit Füßen treten. Mit deutschen Panzern und Gewehren werden Angst und Schrecken und Tod verbreitet.

Was tun wir da? Das Blut unserer Brüder und Schwestern schreit von der Erde. 70 Millionen Kleinfeuerwaffen sind weltweit im Einsatz, davon 50 Millionen mal die russische Kalaschnikow, gleich an 2. Stelle folgt mit 10-15 Millionen das deutsche G3 und die Folgemodelle.

Die Hamburger Bürgerschaft hat – ausgelöst durch unsere Kampagne – das Thema Rüstungsexporte am 26.2., dem bundesweiten Aktionstag, auf der Tagesordnung gehabt und mit Mehrheit dafür gestimmt, es weiter in den Fachausschüssen zu behandeln. Ein kleiner Erfolg. Doch das reicht nicht. Ich sage es pointiert: Ich werfe dem Hamburger Senat Verfassungsverstoß vor. Denn: In der Präambel unserer Verfassung heißt es: „Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafen-



stadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein“.

Hamburg kommt dieser Selbstverpflichtung nicht nach. Hamburg bekennt sich zu einer bundespolitischen Aufgabe. Hamburg darf deshalb die Verantwortung für Waffenexporte nicht nach Berlin abschieben. Wenn Hamburg im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen den Völkern sein will, darf es nicht Flüchtlinge abweisen und Waffen unkontrolliert rauslassen. Sondern umgekehrt: Wir brauchen eine Willkommenskultur für Menschen und ein striktes Ausreiseverbot für die Güter, die das friedliche Zusammenleben der Völker untergraben.

Ich begrüße, wenn wahr wird, was Sigmar Gabriel anscheinend ernsthaft ins Auge fasst: „Unrechtsregimen sollte man keine Waffen verkaufen.“ und was Florian Hahn, der Verteidigungsexperte der CSU befürchtet: „Der Vizekanzler beerdigt die deutsche Rüstungsindustrie.“

Zu Ostern nähren wir allerdings noch einen besseren Traum als den von einer Beerdigung: Die Bibel hat die Vision von Rüstungskonversion, davon, dass „die Völker das Kriegshandwerk nicht mehr lernen und ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Winzermessern machen“. So der Menschheitstraum, den man bei den Propheten Micha und Jesaja nachlesen kann. Hamburg könnte so vom Tor zum Tod in der Welt zum Tor für Brot für die Welt werden. Ich danke für eure Aufmerksamkeit!

Ukraine-Konflikt

Rede von Peter Schenzer für das Hamburger Forum bei der Kundgebung am 30.05.14 auf dem Ida-Ehre-Platz.

Liebe Friedensfreundinnen und Freunde!



Ich möchte in meinem Redebeitrag insbesondere einen Punkt besonders herausstellen: Die Friedensbewegung ist und bleibt antifaschistisch! Von daher ist es für uns skandalös und nicht hinnehmbar, wie EU und deutsche Politiker, z. B. der deut-

sche Außenminister Steinmeier, den Einfluss von ultranationalistischen und faschistischen Kräften auf die Politik der ukrainischen Regierung verharmlost und verschleiern haben. Erinnerung sei hier noch einmal an die bewaffneten Formationen auf dem Maidan und in anderen Teilen der Westukraine, die unter dem Kommando ultrarechter Organisationen standen, insbesondere der Partei „Swoboda“ und des „Rechten Sektors“.

Erinnert sei hier auch an deren Anknüpfung an antisemitische und faschistische Traditionen aus der Zeit des verbrecherischen Krieges Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion. Und die rechtsradikalen Banden in der Ukraine machten und machen vor nichts halt; hier nur ein besonders abstoßendes Beispiel: In Odessa wurden Antifa-

schisten und Demokraten auf ihrer Mai-Demonstration von Faschisten angegriffen. Sie flohen vor den Angreifern in das Gewerkschaftshaus, das kurz darauf von den Rechten verschlossen und angezündet wurde. Mehr als 40 Menschen kamen in den Flammen ums Leben. Der Bundesregierung und den meisten Medien waren die Toten keiner Erwähnung wert.

Das Verbrennen von Menschen wie in Odessa erinnert an die Brutalität der Naziwehrmacht. Diese hat bei ihrem Überfall auf die ehemalige UdSSR immer wieder als Vergeltung von Widerstandsaktionen der Partisanen Menschen dort in Gebäude getrieben und dann diese in Brand gesteckt. Vorausgegangen war dem Raub- und Vernichtungskrieg der Nazis die Propagierung eines rassistischen und menschenverachtenden Feindbildes, das u. a. die russische Bevölkerung als zu vernichtende sog. „slawische Untermenschen“ klassifiziert hatte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in Zeiten des Kalten Krieges eine „Rus-sophobie“ geschürt und russische Menschen wieder zum Feind erklärt. Mit Erschrecken müssen wir heute feststellen, dass dieses alte Feindbild in ähnlicher Form neu aufgelegt wird.



Trotz mancher Kritik an der russischen Politik im Ukraine-Konflikt dürfen wir nicht vergessen, dass die Urheber des Konflikts woanders zu suchen sind. Es waren die EU und die NATO, die mit ihrer Osterweiterung und Einkreisungspolitik Russlands Sicherheitsinteressen angegriffen haben. Auch die Wahlen letzten Sonntag tragen nicht zu einer substanziellen Entspannung und zu einer friedlichen Entwicklung bei. Der zum neuen Präsidenten gewählte Oligarch Poroschenko forderte, die Militäreinsätze im Osten der Ukraine „effizienter“ zu gestalten. Genau das erleben wir aktuell: Das sinnlose Morden und Sterben eskaliert weiter!

Liebe Friedensfreundinnen und Freunde!

Der Respekt gegenüber den Opfern des zweiten Weltkrieges, insbesondere in der ehemaligen UdSSR, erfordert die Zurückweisung einer antirussischen Propaganda, die an alte revanchistische Vorbilder anknüpft .

- „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ ist und bleibt weiter unsere Forderung!
- Wir fordern eine Politik zur Deeskalation in der Ukraine und zum Abbau der Spannungen mit Russland.
- Keine Toleranz gegenüber und keine Zusammenarbeit mit faschistischen Kräften in der Ukraine!
- Stopp der Osterweiterung von NATO und EU!

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.

Erklärung zum Ukraine-Konflikt

Wegen der friedensbedrohlichen Entwicklung des Ukraine-Konflikts haben etwa hundert Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler, Musiker und Friedensaktivisten folgende Erklärung veröffentlicht:

Aus Sorge um den Frieden

Aus Sorge um den Frieden und mit Blick auf die anhaltend kritische Lage in der und um die Ukraine wenden wir uns an Bundesregierung, Parlament und Öffentlichkeit mit der dringenden Bitte: Lassen Sie nicht zu, dass der Kampf um die Ukraine zu einem Stellvertreterkrieg zwischen „dem Westen“ und Russland eskaliert!

Hundert Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges befindet sich die Welt in einer selbstverschuldeten gefährlichen Lage, in der sogar mit der Möglichkeit eines erneuten globalen Krieges gespielt wird. Es ist höchste Zeit, dass alle Menschen, die guten Willens und am Frieden interessiert sind, dem verantwortungslosen Kampf um Einflussphären, Gaspipelines und geostrategische Positionen Einhalt gebieten. Wirtschaftssanktionen und andere „Strafmaßnahmen“ der USA, der EU und Deutschlands gegenüber Russland sind ein untaugliches Mittel zur Deeskalation, zumal der Westen selbst nicht in der Lage oder Willens ist, seine Verbündeten in der Kiewer „Übergangsregierung“ zur Einhaltung der ausgehandelten Verträge, zuletzt der Genfer Vereinbarung, zu bewegen. Sanktionen versperren den Weg zu Gesprächen und Kompromissen und wirken somit krisenverschärfend.

In der Pariser Grundakte über Gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen NATO und Russland vom Mai 1997 haben sich beide Seiten verpflichtet, „gemeinsam im euro-atlantischen Raum einen dauerhaften und umfassenden Frieden“ zu schaffen. „Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen“, heißt es dort. Beide Seiten strebten „ein Europa ohne Trennlinien oder Einflussphären“ an, die die Souveränität irgendeines Staates einschränken. „Ungelöste Gebietsstreitigkeiten, die eine Bedrohung für unser aller Frieden, Wohlstand und Stabilität darstellen“, sowie andere „Meinungsverschiedenheiten“ sollten auf der Grundlage des „gegenseitigen Respekts im Rahmen politischer Konsultationen“ beigelegt werden.

Zwei Jahre später öffnete die Nato mit ihrem ohne UN-Mandat und gegen den russischen Willen geführten Krieg gegen Serbien die Büchse der Pandora. Auch die vom Westen geführten Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen haben – bei katastrophalen Opfern unter der einheimischen Zivilbevölkerung – ihre selbstgesteckten Ziele gründlich verfehlt. Kriege lösen keine Probleme – ein weiterer Beweis dafür ist mehr als entbehrlich.

Die hemmungslose Osterweiterung der NATO, die seit Jahren über ihre Grenzen hinausgreift und zur Ukraine enge Beziehungen aufbaut, ist nicht von dem Russland zugesagten Respekt getragen. In der Pariser „Grundakte“ wurde noch lobend hervorgehoben, dass Russland „tiefe Einschnitte in seine Streitkräfte vorgenommen“ und „in

beispielloser Weise Truppen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den baltischen Staaten abgezogen“ habe. Aber das tat Russland doch nicht, damit die NATO nun ihrerseits sich in diesen Ländern festsetzt und ihre Grenzen bis unmittelbar an die Russische Föderation ausdehnt!

Wie der Website von Jazenjuks Stiftung „Open Ukraine“ zu entnehmen ist, haben das US-Außenministerium und die Nato seit Jahren Aktivitäten finanziert, die der ökonomischen und militärischen Annäherung an den Westen dienen. Vor diesem Hintergrund sind die Vorgänge um die Krim mit Vorwürfen wie den Begriffen „Annexion“ oder „Invasion“ an die Adresse Moskaus nicht hinreichend beschrieben. Statt die Ukraine in unlösbare Alternativen zwischen Eurasischer Union und Europäischer Union zu treiben und sich mit gegenseitigen Schuldzuweisungen zu überbieten, sollten beide Seiten und alle um den Frieden Besorgten neu darüber nachdenken, wie in der heutigen Staatenwelt vermehrt auftretende Spannungsverhältnisse zwischen der territorialen Unverletzlichkeit von Staaten und dem Selbstbestimmungsrecht von Bevölkerungen und Minderheiten friedlich zu lösen sind.

Hören wir auf, ständig an der Ukraine herumzuzerren! Niemand ist berechtigt, sein Gesellschaftsmodell anderen Staaten zu oktroyieren. Es kann nicht hingenommen werden, dass sich eine Politik zugunsten von reichen Minderheiten auf Kosten einer dramatischen sozialen Spaltung der Weltbevölkerung ausweitet. Es wäre ein Verbrechen, dafür den Weltfrieden zu gefährden. Wehren wir uns, bevor es erneut zu spät ist!

- Von der Bundesregierung verlangen wir, dass sie eine Politik zum Abbau der aufgebauten Spannungen und zur Deeskalation der militärischen Konfrontation betreibt. Wir setzen auf gemeinsame Sicherheit: In den internationalen Beziehungen, insbesondere in den historisch so belasteten Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, müssen die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Staaten des „gemeinsamen Hauses Europa“ Berücksichtigung finden.
- Wir fordern von Politik und Medien, die Nato-Staaten und Russland daran zu messen, wie sie die von beiden Seiten unterzeichnete Pariser Grundakte einhalten. Die Verantwortung der Medien liegt in sachgerechter Berichterstattung und rhetorischer Abrüstung. Der Rückfall in alte Feindbilder schürt den überwunden geglaubten Kalten Krieg.
- Wir fordern den Stopp von ökonomischen "Strafmaßnahmen", die letztlich auf Kosten der Lebensbedingungen der Völker gehen und nicht nur in der Ukraine Rechtsextremen in die Hände arbeiten.
- Wir fordern alle diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Konflikte in der Ukraine zu lösen. Die baldige Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der Konfliktparteien könnte deeskalierend wirken und Vertrauen schaffen.

Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation.

Diese Erklärung kann bei www.ag-friedensforschung.de heruntergeladen werden. Dort erfährt man auch wie man sie unterzeichnen kann. Sie sollte uns Ansporn und Argumentationshilfe für weitere Aktionen sein.